

Vierteljährlicher Abonnements-Preis  
für Halle und unsere unmittelbaren  
Abnehmer: 22½ Sgr. Durch die resp.  
Post-Anstalten überall nur:  
26¼ Sgr.

# Der Courier.

Inserate für den Courier werden an-  
genommen: In Leipzig in der  
Buchhandlung von F. Kirchner,  
Universitätsstraße, Gewandhaus Nr. 4.  
In Magdeburg in der Kreuz-  
schen Buchhandlung, Breite-  
weg No. 156.

Hallische  
für Stadt



Zeitung  
und Land.

In der Expedition des Couriers. — Redakteur Dr. Schadeberg.

N<sup>o</sup> 26.

Halle, Donnerstag den 1. Februar  
Hierzu eine Beilage.

1849.

## Deutschland.

Halle, d. 1. Februar. Das Verfahren der Demokraten ist seit den Märztagen ein so eigenthümliches, daß es der Mühe werth ist, dasselbe in der Kürze zu schildern und nachzuweisen, welche Wege die demokratische Ehrlichkeit eingeschlagen hat, um ihre Zwecke zu erreichen.

Das Gesetz vom 8. April v. J. ordnete die Wahlen für eine einzige Versammlung von Volksvertretern zur Vereinbarung der Verfassung an. Das ganze Volk wurde in seinen Abgeordneten der Krone gegenüber gestellt, beide sollten sich über ein Staatsgrundgesetz einigen. Die Nation äußerte über das ihr geschenkte Vertrauen ihren Beifall. Die Vertreter wurden auf Grund des freisinnigen Wahlgesetzes gewählt und dadurch das Wahlgesetz selbst so wie der Grundsatz der Vereinbarung als rechtsgültig anerkannt. Die Nationalversammlung trat am 22. Mai v. J. zusammen, und schon am 27. Mai erklärte der Abgeordnete Wachsmuth, „die Versammlung möchte sich für souverän halten, und zwei Tage darauf behauptete ein Sprecher der demokratischen Linken, die Versammlung sei eine konstituierende, keine vereinbarende. Von da folgten Anmaßungen auf Anmaßungen, Gesetzwidrigkeiten auf Gesetzwidrigkeiten, und zwar so rasch, daß die Demokraten schon im Mai die Versammlung für permanent erklärten. Die Demokraten, die auf Grund des Gesetzes vom 8. April zur Vereinbarung gewählt und durch diese freiwillig vollzogene Wahl das Gesetz anerkannt hatten, die demokratischen Deputirten, welche die Wahl angenommen und durch diese Annahme die Anerkennung des Gesetzes ausgesprochen hatten: diese Demokraten verletzten und verhöhnten in den ersten acht Tagen der Nationalversammlung das von ihnen selbst angenommene, anerkannte, sogar beschworene Gesetz.

Die Folgen dieser Pflicht- und Gesetzwidrigkeit sind bekannt, das Volk hat sie acht Monate lang geduldig getragen, in der räthselhaften Erwartung, daß es endlich in den wüsten demokratischen Köpfen hell werde.

Die Vertagung und Verlegung der Versammlung war eine Maßregel, die der demokratischen Kurzsichtigkeit das Konzept verrückte. Die Versammlung war eine vereinbarende, in ihrer revolutionären Anmaßung hielt sie sich für eine konstituierende und legte sich ausschließlich die Souveränität bei. Auf

Grund dieser herrschsüchtigen Gesetzwidrigkeit entschloß sich die demokratische Majorität zum Widerstande gegen Regierung, König, Vertagung und Verlegung und trieb diesen Widerstand bis zum bekannten Steuerraub. Die Demokraten nannten dies passiven Widerstand. Als nun nach dem 15. November eine Fortsetzung dieses wunderbaren Widerstandes nicht mehr möglich war, beschloßen die Demokraten, nicht nach Brandenburg zu gehen. Sie hielten einige Tage Wort und brachten es dahin, daß die Versammlung in Brandenburg nicht zahlreich genug war, um gültige Beschlüsse fassen zu können. Die Regierung verordnete darauf, daß die Tagegelder der Deputirten, 3 Rthlr. täglich, nur in Brandenburg gezahlt, daß die Stellvertreter der nicht anwesenden Deputirten einberufen werden sollten. Einen solchen Entschluß der Regierung, so klar er auch auf der Hand lag, hatten die Demokraten nicht vorausgesehen. Sie besannen sich, gingen fast alle nach Brandenburg, lärmten wie früher, protestirten, und ließen sich ihre Tagegelder auszahlen.

Die Demokraten hatten beschloßen, nicht nach Brandenburg zu gehen, lieber wollten sie sich in Berlin viertheilen lassen. Einige Tage darauf, als sie ihre Tagegelder und ihre Deputirtenstühle gefährdet glaubten, gingen sie dennoch nach Brandenburg, um beides zu retten. Ihre Beschlüsse, ihre Worte galten ihnen selbst nichts, sie thaten, was ihnen ihr persönliches Interesse zu gebieten schien.

Die Versammlung wurde aufgelöst; das Volk athmete wieder auf; die Regierung gab eine Verfassung; die Nation jubelte; der König erließ ein neues Wahlgesetz und berief eine neue Versammlung.

Was thaten die Demokraten? Sie erklärten: wir wählen nicht, die alten Deputirten bleiben unsere Deputirten, für uns gilt das Gesetz vom 8. April, wir wollen vereinbaren.

Das Gesetz vom 8. April hatten die Demokraten im Mai anerkannt und beschworen, vom Mai bis November verhöhnt, verletzt, mit Füßen getreten und im December war es ihr Rechtsboden, ihr letzter Rettungsanker. Acht Monate lang hatten die Demokraten das Recht freventlich verachtet und im December sprachen sie vom Rechtsboden. Vom Mai bis November ruhte auf der Vereinbarung alle Schmach, die aus einem demokratischen Munde heraus wollte, und im December erklärten die Demokraten die Vereinbarung als ein ihnen zustehen-

des gutes Recht. So knabenhaft verfahren die Demokraten, gleich als wäre Wort, Treue, Ehrlichkeit und Recht in ihren Augen nichts werth.

Im December und Januar erklärten die Demokraten, sie würden nicht wählen, weil sie das neue Wahlgesetz nicht anerkennen könnten. Die Regierung kümmerte sich um die Widersprüche der Demokraten nicht; die Mehrheit der Nation fand sogar die demokratische Wählerpolitik, die Politik der Kurzsichtigkeit höchst lächerlich. Als die Demokraten sahen, daß ihnen Niemand wegen ihres lockern Spieles mit den klarsten Rechtsbegriffen den Kopf abreißen wollte und als sie merkten, daß die Mehrheit der Nation wählen werde und daß sie vom Deputirtensaale ausgeschlossen würden, da besannen sie sich, auf Grund des Gesetzes vom 6. Decbr. zu wählen.

Zuerst also verweigerten, dann vollzogen sie die angeordnete Wahl. Wer den Akt der Wahl vollzieht, erkennt das Wahlgesetz und die Verfassung an. Die Demokraten haben gewählt, sie müssen daher auch das Grundgesetz als zu Recht bestehend anerkennen. Werden sie das thun? Wenn Vernunft und Klugheit noch einigen Werth bei ihnen haben, werden sie die Gültigkeit der Verfassung nicht bestreiten, wenn sie aber ihr bisheriges Verfahren beibehalten, werden sie auch jetzt wieder Gesetz und Recht wie eine wächserne Nase behandeln, die die Willkür dreht wie sie will. Die Demokraten rücken schon mit ihren neuen Plänen heraus. In Berlin haben sie beschlossen, die Rechtsgültigkeit der Verfassung vom 5. December nicht anzuerkennen, das Gesetz aber als gewöhnliche Vorlage, als einen Entwurf zu benutzen. Auch diese Kriegslift wird nichts helfen und das Rechtsbewußtsein des Volkes wird so stark sein, daß es noch gelingen wird, den Demokraten die gefährlichen Rechtsverdrehrungen abzugewöhnen.

**Salle, d. 30. Januar.** Bei den gestern stattgefundenen Wahlen von Wahlmännern zur ersten preussischen Kammer wurden gewählt:

- 1r Wahlbezirk Cönnern: Oberl.-Ger.-Assessor Leiste zu Cönnern,
- 2r = Wettin: Kaufmann Finger zu Wettin,
- 3r = Löbejün: Gutsbesitzer Koch zu Kaltenmark,
- 4r = Siebichenstein: Papiersfabrikant Kefenstein zu Cröllwitz,
- 5r = Niemberg: Schulze Brandt zu Untermaschwitz,
- 6r = Reideburg: Pastor Hoffbauer zu Ammendorf,
- 7r = Dsmünde: Gutsbesitzer Hoffmann zu Dieskau.

**Lauchstädt, d. 28. Jan.** In der heutigen Versammlung der Wahlmänner aus den Kreisen Merseburg und Querfurt siegte im Allgemeinen das konstitutionell-monarchische Princip sowohl durch geistige Ueberlegenheit, als durch die Mehrzahl seiner Bekenner. Betrübend aber war es wahrzunehmen, wie das Partikular-Interesse fast alle befangen hielt und jeder Kreis, von den Merseburgern auch jeder der beiden Hauptstände, auf seinem Deputirten bestand, wie man aber weit davon entfernt war, die Nothwendigkeit zu erkennen, daß vor Allem Männer in die Kammern müßten, die allen Parteien Achtung, der übrigen Vertrauen einflößten und einen Mittelpunkt gewährten, an dem es ja den Centren und der Rechten im vorigen Jahre so sehr gefehlt hat. Die Linke wird das schon besser verstehen, und so viel Kandidaten sie auch heute vorschob, so wird sie doch höchstens nur Butte oder Wirth durchzusetzen suchen, aber am Wahltag selbst mit Kirchmann hervortreten und für diesen alles einsetzen. Zwar regte ein Pre-

diger H. vortrefflich und mit allgemeinem Beifall den Patriotismus an, aber vergeblich machte ein anderer Redner auf die Männer aufmerksam, die wie Flottwell, Arnim (der Freiherr, früher Gesandter in Belgien und Minister in den Märztagen), der Bedraer Hellborff u. a. bereits vor den Märztagen für die Volksfreiheiten eingetreten wären, gegen die alle Preußen eine Ehrenschild einzulösen hätten, und — was die Hauptsache — die von allen Parteien gefannt und geachtet, gleich beim Beginn der Kammerverhandlungen geschickt wären, alle Gleichgesinnten um sich zu schaaren und so eine kompakte Majorität zu bilden. Der Einwand, bemerkte der Redner Dr. S. mit Recht, daß solche Männer bereits in anderen Kreisen gewählt werden würden, ist keiner; denn wenn einzelne von ihnen auch zwei- und drei- und viermal gewählt würden, so erkenne einmal der König, zu welchen Männern das Volk Vertrauen habe, und dann werde bei einer etwaigen Neuwahl Merseburg-Querfurt den Ruhm sich erwerben, eine oder die andre der vergessenen Größen wählen zu können. Wir ehren uns selbst, so schloß der Redner, wenn wir unsre Ehrenschild gegen solche Männer lösen.

**Berlin, d. 29. Jan.** Ueber die Vorschläge Lord Palmerston's hinsichtlich des mit Dänemark abzuschließenden Friedens geht mir soeben folgende Mittheilung zu. Die Centralgewalt zu Frankfurt a. M. hat sich nämlich entschlossen geweigert, einen Frieden abzuschließen, dessen Basis eine Lostrennung Schlesiens von Holstein, wenn auch ebenfalls ohne Anschluß an Dänemark, wäre. Die preussische Regierung, welche für den Augenblick nicht geneigt scheint, den Krieg mit Dänemark wieder aufzunehmen, beabsichtigt nun in London darauf hinzuwirken, daß der Waffenstillstand von neuem verlängert werde. (D. A. Z.)

Die gestern durch den Staats-Anzeiger veröffentlichte Note in Betreff der deutschen Frage an die übrigen Bundesregierungen erregt viel Aufsehen. Man erwartet, daß das Frankfurter Parlament in Betreff jener Note einen Beschluß fassen wird, der gewissermaßen als Beantwortung derselben wird angesehen werden können. — Hr. Camphausen soll der Regierung von Frankfurt aus ein Memoire zugefertigt haben, in welchem er zu beweisen sucht, wie nothwendig und wichtig es sei, daß gerade Preußen mit der Publicirung der deutschen Grundrechte durch die Gesetzsammlung den übrigen Bundesstaaten vorgehe. Schon während seines hiesigen Aufenthalts hatte er sich die größte Mühe gegeben, das Cabinet von der Nothwendigkeit jener Maßregel zu überzeugen, und wirklich soll nur ein Passus der Grundrechte: „die Abschaffung der Todesstrafe“, deren Publikation verhindert haben. Merkwürdig genug, da doch auch die preussische Volksvertretung im Einverständnisse mit dem Auerwald'schen Cabinet einen ähnlichen Beschluß gefaßt, und selbst das Toryministerium Pfuel-Eichmann nur die Fassung des von der Versammlung beschlossenen Gesetzes beanstandet und eine im Wesentlichen mit dem Entwurfe der Nationalversammlung übereinstimmende Vorlage eines Gesetzes zur Abschaffung der Todesstrafe gemacht hatte. — Die Wahl der Wahlmänner für die I. Kammer, welche heute stattfand, hat, wie voraussichtlich, ein sehr günstiges Resultat für die conservative Partei abgegeben. — Die Gewerbeconferenzen im Handelsministerium sind heute beendet worden. In einer morgen stattfindenden Schlußsitzung wird Hr. v. Pommer-Esche als Vertreter des Ministers ein Resumé der Verhandlungen geben und die Mitglieder der Conferenz entlassen. (Eith. N.)

**Berlin, d. 29. Januar.** Aus zuverlässiger Quelle erfahren wir, daß die Regierung durch ausgedehntere öffentliche Arbeiten den unter den Stürmen des vorigen Jahres gesunkenen



nen Wohlstand aufzuhelfen beabsichtigt. Für die Arbeiten an der Ostbahn sollen 3 Millionen anstatt der ursprünglich etatsmäßigen 1 Million (vorbehaltenlich der Genehmigung der Kammern) flüssig gemacht werden. Für den Eisenbahntrakt Hammer-Soest-Eippstadt sollen 600,000 Thaler in Verwendung kommen, sobald die Witterung die Aufnahme der Arbeiten gestattet. Der Fortbau der Bahn von Münster nach Rheine soll in Aussicht stehen, insofern in Münster auf eine entgegenkommende Bereitwilligkeit zu rechnen ist. Das gesammte westphälische Eisenbahnnetz würde demnächst auf den Staat übergehen, welcher wahrscheinlich die Zinsgarantie übernehmen wird. Die Uebernahme der Aachener-Düsseldorfer Bahn Seitens des Staats wird gleichfalls bereits eingeleitet. Außerdem sollen Chausseebauten und andere öffentliche Bauten im ausgedehntesten Maßstab in Aussicht genommen sein. In einer so umfassenden Fürsorge für die arbeitenden Klassen tritt Preußen den zerrütteten Nachbarstaaten gegenüber in der erneuten Kraft seiner reichen finanziellen Hülfquellen auf. Möge dieses Jahr den Frieden im Innern uns bringen und den Frieden nach Außen uns erhalten, daß die erwerbenden und arbeitenden Klassen des Volkes nicht abermals um die Segnungen der neuen Freiheit betrogen werden. Deshalb wird darüber entschieden durch seine Wahlen: feste Begründung unserer staatlichen Institutionen, Frieden nach Innen und nach Außen verheißt Arbeit und Wohlstand; — Unfrieden und neue staatliche Erschütterungen bringen den Handwerker und den Arbeiter um sein Brod. Die Verhandlungen des Handwerker-Parlamentes sind vorüber. Die Abgeordneten des Handwerkerstandes bringen ihren Gewerksgeoffen frohe Aussichten mit nach Haus. Die Entwürfe der Regierung über die Ergänzung der Gewerbeordnung und die Einführung des Gewerbegerichts sind von den Handwerkern sorgfältig geprüft und mannigfache Verbesserungen, welche sich an das praktische Bedürfnis anschließen, beantragt worden. Wir erfahren so eben, daß die Regierung gesonnen ist, die vorgeschlagenen Abänderungen im Wesentlichen und nur mit geringen formellen Modifikationen anzunehmen. Morgen wird der Minister für Handel und Gewerbe den Abgeordneten des Handwerkerstandes dies eröffnen und dem Vernehmen nach beim Staatsministerium sofort einen hiernach umgearbeiteten Entwurf zu einem provisorischen Gesetz vorlegen. Das neue Gesetz dürfte demnach binnen 14 Tagen zu erwarten sein. Indem somit den größten Wünschen des Handwerkerstandes endlich gewillfahrt wird, ist zu hoffen, daß dieser ehrenwerthe Stand sich der konstitutionellen Partei immer enger anschließen wird, — denn der goldene Boden des Handwerks gedeiht wahrlich besser unter der Herrschaft des Gesetzes und der Ordnung, als unter der Herrschaft einer Partei, welche ihrem Princip nach gegen die Stabilität der Staats-Institution fortdauernd ankämpfen muß. (P. G.)

**Berlin, d. 31. Januar.** Se. Erlaucht der regierende Graf Alfred zu Stolberg-Stolberg ist nach Magdeburg von hier abgereist.

Bei dem gegenwärtig eingeleiteten lebhafteren Betriebe der Domainen-Veräußerungen hat sich das Erforderniß herausgestellt, gleichzeitig für Erhaltung der auf den Domainen befindlichen alten Schlösser, Schlossruinen, Klostergebäude, Kirchen etc., sofern solche als Denkmäler der Kunst oder Geschichte Werth haben, zu sorgen. Auf Anregung des Konservators der Kunstdenkmäler, Bauraths von Quast, hat sich der Staatsminister von Ladenberg deshalb mit dem königlichen Finanzministerium in Verbindung gesetzt. Das letztere ist dem angedeuteten Bedürfniß mit dankenswerther Bereitwilligkeit entgegengekommen und hat sämtliche königliche Regierungen angewiesen, in den betreffenden Fällen überall, nach Wahrnehmung der Vorschläge des Conserva-

tors, solche Einleitungen zu treffen, daß die werthvollen Denkmäler der genannten Art nicht in den Privatbesitz übergehen, bevor ihre Erhaltung durch entsprechende Bedingungen nicht möglichst gesichert worden. Bei der Sorge für das materielle Wohl des Staates wird also das geistige Erbe, welches das Volk aus den Zeiten seiner Väter besitzt, nicht dem Zufall preisgegeben werden. (Pr. St.-Anz.)

**Aus Schleswig-Holstein, d. 27. Jan.** Die Landes-Versammlung hat gestern Abend, nachdem die Formalien beseitigt waren, eine vertrauliche Sitzung gehalten, in welcher über die Nothwendigkeit zur Niederlegung eines Ausschusses, die politische Lage des Landes und die Mittel zur Abwehr der Gefahr in nähere Erwägung zu ziehen und darüber der Versammlung Bericht zu erstatten verhandelt wurde. Das vom Chef unsers Finanzwesens, Landvoigt Hensen, vorzulegende Budget für das laufende Jahr wird demnächst von den Abgeordneten geprüft werden. Es wird sich gegen früher ein Mehrbedarf herausstellen, weil die Küstungen, wie überhaupt die in der Entwicklung begriffene junge Armee bedeutende Summen beanspruchen. Das General-Kommando ist thätig und eifrig bemüht, den Mangel an Offizieren, an dem unser sonst gut disciplinirtes Truppenkorps leidet, durch Herbeiziehung auswärtiger abzuhefen. Es ist erfreulich, daß die Bereitwilligkeit, mit welcher die Opfer für die Unabhängigkeit unserer Lande gebracht werden, ein rühmliches Zeugniß für den guten und patriotischen Sinn der Schleswig-Holsteiner abgiebt.

Gegen 30 Gefangene sind eingebracht worden, welche beim jütischen Landsturm agirten und den Einfall in die Enklave Fahreballum mitgemacht hatten; es sind meistens junge, von der eiderdänischen Propaganda bearbeitete Leute. Der Anführer dieser jütischen Wogehäufel soll an seinen Wunden verblutet sein. Der Chef des Kriegsdepartements, Jacobson, ist nach den nördlichen Distrikten abgegangen, um an Ort und Stelle die geeigneten Maßregeln zur Beschützung der dortigen Einwohner anzuordnen. Die Gefangenen sollen einer obergerichtlichen Kommission überwiesen werden.

**Dresden, d. 29. Jan.** Die heutige Sitzung der I. Kammer begann erst nach 11 Uhr und war in Ermangelung von Regierungsvorlagen nur von kurzer Dauer. Vor Beginn derselben sahen wir, da kurz vorher in der jenseitigen Kammer die ministerielle Erklärung betreffs der Zurücknahme der eingereichten Entlassung des Staatsministeriums erfolgt war, die Abgeordneten in lebhaftem Gespräch begriffen und die anwesenden Minister in dichten Gruppen umstehen. Eine allgemeine freudige Stimmung machte sich, als ob ein drohendes Ungewitter vorübergezogen wäre, unverkennbar kund. Nach Eröffnung der Sitzung ergriff Staatsminister Georgi das Wort, um die schon vom Staatsminister v. d. Pfordten in der II. Kammer gegebene Erklärung betreffs der Zurücknahme des bei dem König eingereichten Entlassungsgefuchs auch hier abzugeben, und fügte derselbe noch hinzu, daß das Ministerium alle seine Kräfte anbietet, um die große Aufgabe zu lösen, welche ihm von den Kammern gemeinsam gestellt wäre. (Lebhaftes Bravo in der Kammer und auf den Galerien.)

**Gotha, d. 26. Januar.** Zur Ueberraschung vieler wird die, wie man glaubte, schon aufgegebenen Thüringer Einheitsfrage wieder aufgenommen werden und zwar in einer durch den Drang der Umstände veränderten und erweiterten Form. Die Frage wird nicht mehr eine thüringische, sondern im eminenten Sinn eine sächsisch-thüringische sein. Sehen Sie das Folgende als einen ziemlich feststehenden Plan an, der in einer neuen am 5. künftigen Monats in Weimar oder hier stattfindenden Konferenz der Bevollmächtigten Thürin-

gens und Sachsens genauere Umrisse und festere Gestalt gewinnen soll. Zur Einleitung noch einige Worte von den Motiven. Es wird nicht falsch geschlossen sein, wenn ich Ihnen als erstes und am meisten auf der Hand liegendes, die Militairangelegenheit bezeichne, die nicht zu umgehende Aufbringung des ziemlich erheblichen Kavallerie- und Artillerie-Kontingentes, von dessen Bestellung, wie schon nach der am 22. d. Mts. hier erfolgten Durchreise des von Frankfurt zurückkehrenden Staatsministers von Wagdorf verlautete, die Centralgewalt nicht abgeht. Ein zweites tiefer liegendes Motiv hängt mit dem nicht allgemein bekannten eigentlichen Grund der Scheiterung der früheren hier zu Anfang d. Mts. abgehaltenen Konferenz zusammen. Die Schuld derselben ist keineswegs allein dem Widerstreben von Seiten unserer Regierung und Meinings, sondern auch der Mitziehung des Königreichs Sachsen zuzuschreiben, indem die Keußischen Fürstenthümer zwischen einem Anschluß an die thüringer Staaten und Sachsen schwanken. Gegenwärtig handelt es sich nun nicht mehr bloß um einen Anschluß von Sachsen, sondern darum, ob durch die völlige Einverleibung der Keußischen Fürstenthümer in das Königreich Sachsen das erste Beispiel einer freiwilligen Mediatisirung gegeben werden soll. Dies für die Existenz der kleinen Staaten so gefährliche Beispiel abzuwenden, wird mit ein Hauptzweck der Unterhandlungen sein. Gestützt auf die Bestimmung, daß kleinere Staaten, die nicht 5000 Mann Truppen stellen können, sich in militairischer Hinsicht an größere anschließen sollen, beabsichtigt man zwei Staatengruppen zu bilden. Die eine soll das Großherzogthum Weimar, die Herzogthümer Koburg-Gotha, Meiningen, Altenburg und die Fürstenthümer Schwarzburg, die andere das Königreich Sachsen und die Keußischen Fürstenthümer umfassen. Beide Staatengruppen sollen dann in militairischer Beziehung, namentlich im Fall einer Armirung, ein Ganzes unter der Oberleitung des Königreichs Sachsen bilden. Man wird nicht fehlgehen, wenn man die Reichsgewalt als diesem Plane günstig ansieht. Sächsischer Seits wird der General-Major von Holzendorf der neuen Konferenz beiwohnen und dann auf Vorlagen näher eingehen, die den früher vereitelten Zweck, durch Sachsen für das thüringer Kavallerie- und Artillerie-Kontingente Erleichterungen zu erhalten, als erreichbar in Aussicht stellen. (D. R.)

**Oldenburg**, d. 26. Jan. Die Wahlmänner aus sechs Kreisen des Herzogthums, einige Hundert an der Zahl, hatten sich heute früh versammelt, um als gesetzliches Organ des ganzen Landes den Großherzog um Nachgiebigkeit in der über die Civilliste zwischen ihm und dem Lande obschwebenden Differenz zu bitten. Man erwählte einen Ausschuß von Zwölfen, welche Namens Aller das Wort nehmen sollten. Diese verfügten sich unmittelbar aus der Versammlung in das Großherzogliche Schloß, und die Mehrzahl der Uebrigen folgte ihnen auf den vor dem Schlosse befindlichen Paradeplatz, wo sie in Gruppen zusammenstanden. Der dienstthuende Kammerherr meldete die Deputation. Kein Minister war anwesend, um mit seinem Rathe zur Hand zu sein, obgleich schon gestern Abend die ganze Stadt von dem Vorhaben unterrichtet war, und so geschah es, daß aus dem Audienzzimmer die Antwort zurückgebracht wurde: der Großherzog könne die Herren nur empfangen, wenn sie vorher bewirkten, daß die vor dem Schlosse Befindlichen sich entfernten. Die Deputation war einstimmig der Meinung, dazu weder Befugniß noch Beruf zu haben, stellte anheim, die dazu erforderlichen Schritte durch die Hofdienerschaft thun zu lassen, und bat, dem Großherzoge zu melden, daß sie, insoweit die Versammelten, wie es scheint, Wahlmänner des Landes seien, für deren Verhalten bürgen wollten. Der Bescheid war: der

Großherzog sehe darin eine Demonstration und könne die Deputation nicht empfangen, worauf diese das Zimmer verließ. Auf den Nachruf: der Großherzog vertraue auf die Liebe seines Landes, soll eine Antwort gehört sein, die wir nicht wiederholen mögen. Der von Einzelnen zuerst gefaßte Beschluß, sofort abzureisen und den Urwählern von Dem, was ihnen widerfahren sei, Kunde zu bringen, ist nicht zur Ausführung gekommen; in einer auf diesen Abend angesetzten Versammlung sollen vielmehr die weiteren Schritte gemeinsam berathen werden. (W.-Z.)

Die „Ztg. für Nordd.“ berichtet hierüber weiter v. 27. Ein Antrag, die Deputation noch einmal am nächsten Tage und zwar ohne Begleitung der 150 Wahlmänner, an den Großherzog abzusenden, ward verworfen. Man einigte sich nach langen Debatten dahin, die Adresse dem Ministerium noch gestern, am Abend, durch die vom Großherzog abgewiesene Deputation übergeben zu lassen, dabei aber alle und jede Demonstration zu vermeiden. Die Versammlung blieb bis zur Rückkehr der Deputation zusammen, welche gegen elf Uhr Nachts erfolgte. Das Ministerium hatte erklärt, daß es in seiner Stellung als bloßer unverantwortlicher Rathgeber der Krone nicht in dem gewünschten Sinne Partei ergreifen könne, und daß es auch seinen Rücktritt nicht an die in der Adresse aufgestellten Forderungen zu knüpfen vermöge, daß es aber die Adresse dem Großherzoge übergeben wolle, und eine Entscheidung überhaupt in den nächsten Tagen zu erwarten stehe. Die Versammlung beschloß hierauf, die Adresse (im Ganzen mit mehr als 3000 Unterschriften von Wahlmännern und Urwählern versehen) dem Landtage einzureichen, und demselben, sowie dem Ministerium, das Vertrauen auszusprechen, daß beide auch fernerhin das Recht des Landes wahren würden. Erst nach Mitternacht trennte sich die Versammlung, um sich heute früh wieder zusammen zu finden. Der Bruch zwischen dem Großherzoge und dem Lande ist gestern auf unheilvolle Weise erweitert worden, die Stimmung so gereizt und erbittert, wie niemals zuvor.

**Frankfurt a. M.**, d. 28. Jan. Der Fürst von Fürstenberg ist von seiner Mission, mit welcher er von der Centralgewalt an den österreichischen Hof zu Olmütz beauftragt war, wieder zurück; er traf gestern in Frankfurt ein; wie man vernimmt, hat er sehr wichtige und zugleich sehr befriedigende Mittheilungen über die Intentionen des österreichischen Cabinets in Betreff der künftigen Beziehungen Oesterreichs zu dem deutschen Bundesstaate überbracht. Oesterreich will und wird seine Stellung in Deutschland behaupten. (D. A. Z.)

**Frankfurt a. M.**, d. 28. Januar. Auch die oldenburgische Regierung hat gleich der hannoverschen auf die Aufforderung des Reichsministeriums des Handels die erforderlichen Schritte bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika gethan, um das Hinderniß zu beseitigen, welches der Handelsvertrag zwischen Nordamerika und Hannover, dem Oldenburg beigetreten ist, der deutschen Zollvereinigung in den Weg legt. Obwohl eine Erwiderung von Washington noch nicht erfolgt ist, ist doch Grund vorhanden, es für unzweifelhaft zu halten, daß man dort mit aller Bereitwilligkeit auf die Begründung derjenigen Hemmungen eingehen werde, welche die Begründung eines commerciell einigen Deutschlands in den Verträgen jetzt noch entgegenstehen. (FPA.-Ztg.)

**München**, d. 25. Januar. Als höchst erfreuliche Thatsache, schreibt ein hiesiger Correspondent der „Neuen Würzburger Zeitung“, kann ich Ihnen auf das Bestimmteste melden, daß die bayerische Regierung bereits unter dem 29. December 1848 ihrem Bevollmächtigten in Frankfurt folgende Instruction, die Einführung der Grundrechte betreffend, hat zukommen lassen: „Es werde ihm nicht entgehen, daß in wenigen

deutschen Ländern auf dem Wege der Gesetzgebung dem Volke ausgedehntere Rechte bereits verliehen seien, als gerade in Baiern, und daß hier im Wesentlichen alle jene Einrichtungen bereits in Kraft bestehen, welche zu begründen und zu gewährleisten die Grundrechte bezwecken. Eine materielle Differenz könne demnach als nicht bestehend angesehen werden; daß aber formelle Aenderungen nur auf verfassungsmäßigem Wege und in Uebereinstimmung zwischen Krone und Ständen herbeigeführt werden könne, liege am Tage und sei begründet im Wesen der constitutionellen Regierungsform, bedingt durch den auf die Verfassung des Königreichs geleisteten Eid.“ Warum die Regierung, fährt der Berichtstatter des Würzburger Blattes fort, nicht schon längst diese ihre Ansicht publicirt hat, bleibt allen Freunden constitutioneller Freiheit ein Räthsel. Es hätte die Veröffentlichung dieser Erklärung hingereicht, alle Verdächtigungen in dieser Frage augenblicklich niederzuschlagen, die man gegen die bairische Regierung nicht müde wird, laut werden zu lassen.

**Freiburg**, d. 26. Januar. Die Anklagekammer unseres Hofgerichts hat das Erkenntniß gefällt, daß Frau v. Struve in Anklagestand zu versetzen sei. Der Gefangenen, die sich in dem hiesigen Gefängniß befindet, ist dieses Erkenntniß heute Morgen eröffnet worden.

**Darmstadt**, d. 25. Jan. Unser Großherzog, den alle Parteien hochachten, ist immer noch unwohl, so daß in der letzten Zeit abermals eine öffentliche Bekanntmachung wegen Hinausschiebung der öffentlichen Audienzen erfolgte. Sein Uebel ist eine hartnäckige Erkältung, die er sich um Weihnachten gelegentlich einer Musterung der hiesigen Bürgerwehr zuzog.

**Prag**, d. 28. Jan. Die Aufregung in unserer Stadt hat in den letzten Tagen eher zugenommen als nachgelassen. Die vielfachen Gerüchte über die bevorstehende Prorogirung des Reichstags, über die Wiederaufnahme der Untersuchung wegen der Juniereignisse, das Schweigen des Ministeriums bezüglich der Einführung der czechischen Sprache als Unterrichtssprache an den Gymnasien, die Conflict mit der Garnison tragen viel dazu bei, die ungünstige Stimmung gegen die Regierung zu erhöhen. Unter solchen Verhältnissen hat die Interpellation des Abg. Klaudi wegen Vorlegung der Acten über die Junivorfälle an den Reichstag hier großes Aufsehen gemacht und bei dem czechischen Theile der Bevölkerung Prags große Anerkennung gefunden. — Nachschrift. Die seit einigen Tagen verbreitet gewesenen Gerüchte von militairischen Vorsichtsmaßregeln scheinen sich zu bestätigen. Die kais. Reisewagen stehen wirklich gepackt und jeden Augenblick zur Abreise bereit. (D. A. Z.)

**Wien**, d. 23. Januar. Aus Vorschek meldet General Todorovich vom 20. Januar: In Folge eines heftigen Gefechtes mit den Rebellen habe ich mit den Truppen des österreichisch-serbischen Armee-Corps gestern den 19. Januar l. J., Nachmittags Vorschek eingenommen und um 11 Uhr Nachts mein Hauptquartier dahin verlegt. — Die Festung Essek an der Militair-Grenze ist den Kaiserlichen Truppen übergeben worden.

### Italien.

**Rom**, d. 17. Jan. Das Einschreiten einer befreienden Kriegsmacht in den römischen Staaten ist gewiß und nahe bevorstehend. Aus verschiedenen mehr oder minder gegründeten Angaben läßt sich entnehmen, daß es bis zum 20. Januar Ernst damit werden dürfte. Wie es scheint, wird diese Truppenmacht aus Neapolitanern, aus Schweizern von den Regimentern, die im Solde des Königs Ferdinand stehen, sowie aus Spaniern zusammengesetzt sein, und der Generalleutnant Zucchi den Oberbefehl führen. Gewiß ist, daß die neapolitanische Heerabtheilung sich von Sora her der Grenze nähert; eben so ge-

wiß, daß in den Gewässern von Gaeta sich bereits einige spanische Schiffe mit Landungsstruppen sich befinden, und daß andere erwartet werden. Wer Rom kennt, weiß, daß es an keine ernstliche Vertheidigung denken kann. — Der Bezirk Montecorvo hat sich von der Centralregierung losgesagt und unter die päpstlichen Behörden in Gaeta gestellt. — Fürst Cesarini ist als Generalissimus der Civica nicht bestätigt worden. (A. Z.)

### Frankreich.

**Paris**, d. 26. Januar. In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung wurde der von Grevy über den Antrag Râteau's, die Auflösung der Nationalversammlung betreffend, erstattete Bericht verlesen. Es wird in demselben das Mandat der Versammlung als noch nicht vollendet erklärt, und auf genaue Erfüllung des Artikels 115 der Verfassung, mithin auf Verwerfung aller eine Auflösung der Nationalversammlung bezweckenden Maßnahmen angetragen. Die Discussion darüber wird am 29. statthaben.

Die Bauern fangen nach und nach an, unruhig zu werden und auf Erfüllung der Versprechungen zu dringen, welche ihnen vor der Wahl des Präsidenten der Republik von dessen Emissären gemacht worden sind. Im Lot-Departement hat am 20. d. M. bei Gelegenheit der Steuererhebung eine ernstliche Emeute stattgefunden. Die Bauern weigerten sich hartnäckig, die Steuern zu bezahlen, und schlugen das Militär zurück, welches der Präfekt in die insurgirten Dörfer um Gourdon gesendet hatte, so daß eine Verstärkung von 700 Mann mit schwerem Geschütze nachgeschickt werden mußte, denen es endlich gelang, die Ruhe wieder herzustellen.

Auch in Paris scheint man den Ausbruch einer Emeute für sehr wahrscheinlich zu halten. Alle Truppen sind in den Kasernen consignirt und starke Patronenvorräthe herbeigeschafft worden.

**Paris**, d. 26. Januar. Je länger das Ministerium am Ruder bleibt, desto tiefer wird die Kluft zwischen Kammer und Regierung, und desto mehr werden die beiden souveränen Mächte der Republik selbst, die Nationalversammlung und der Präsident, in einen Conflict hineingezogen, dessen Ende nothwendig eine neue Revolution oder Contrevolution ist. Der gestern endlich erstattete Kommissionsbericht über die Râteau'sche Proposition muß, wenn er Montag, wo die Diskussion darüber beginnt, von der Majorität der Versammlung, wie kaum zu bezweifeln ist, unterstützt wird, entweder den Sturz des Ministeriums herbeiführen und an dessen Stelle ein Kabinet im Sinne der Majorität zu Stande bringen, oder der Krieg ist nicht nur zwischen der Versammlung und dem Ministerium, sondern auch zwischen ihr und dem Präsidenten erklärt. Dieser Bericht spricht sich mit einer Klarheit und Entschiedenheit, die keine vermittelnde Deutung zuläßt, für das Fortbestehen der Nationalversammlung nicht nur, sondern auch dahin aus, daß die „feindliche Haltung“ der Regierung gegen die republikanische Majorität ein „Ueberwachen“ der neuen Staatsgewalt von Seiten der Nationalversammlung erheische, — daß diese letztere der Regierung ihren loyalen Beistand angeboten habe, und daß dieser Beistand nicht angenommen worden sei. Die Versammlung nimmt also den Handschuh auf, der ihr hingeworfen worden ist, wenn sie im Sinne des Berichtes ihren Beschluß faßt. Sie läßt sich nicht einschüchtern durch den „moralischen Zwang“, den man ihr anthun will, indem man Unterschriften sammelt gegen ihren Fortbestand. Sie weiß, daß royalistische Verschwörungen stattfinden, daß man von dieser Seite das Volk zu einer Insurrektion provociren möchte, daß hohe militairische Beamte im Dienste der Reaktion stehen; aber sie will, wie der Bericht sagt, gleich der Constituante aus der ersten französischen

Revolution, muthig auf ihrem Posten bleiben, bis das Werk der Februarrevolution gesichert ist.

In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung bestieg der Minister des Innern, Leon Faucher, die Rednerbühne. „Ich habe die Ehre“, sagte er, „der Versammlung einen Gesetzesentwurf, die Clubs betreffend, vorzulegen. Die Nationalversammlung hat (am 28. Juli v. J.) ein strenges Gesetz gegen die Clubs erlassen, um jenen Excessen, über welche die öffentliche Meinung sich indignirt fühlte, vorzubeugen. Es wurden der Regierung alle von ihr zu dem Behufe verlangte Mittel bewilligt. Allein nach sechsmonatlicher Erfahrung hat sich die Unzulänglichkeit dieses Gesetzes immer deutlicher herausgestellt. Vergebens haben wir, um die Anarchisten zu entmuthigen und die guten Bürger zu schützen, Alles was bei der bestehenden Gesetzgebung möglich war, aufgeboten. Werden die Clubs an einem Orte geschlossen, so thun sie sich an einem andern wieder auf. Man predigt in denselben ganz offen Doctrinen, welche darauf hinausgehen, die Gesellschaft zu vernichten; man predigt Mißachtung der Gesetze und die unkundigen Zuhörer haben nicht immer den richtigen Verstand, den Sophismen und Utopien zu widerstehen. Die Clubs sind die Herde der geheimen Gesellschaft, statt daß sie davor bewahren sollten. (Sehr gut! auf der Rechten.) Mit den Clubs kann keine geordnete Regierung bestehen. (Sehr gut!) Selbst der Convent hat dies eingesehen. Sie können nicht weniger thun als der Convent that, bevor er seine Gewalt in die Hände des Landes niederlegte. (Bewegung.) Wir verlangen demnach von Ihnen, gerade heraus zu erklären: Die Clubs sind verboten. Wir schlagen Ihnen vor, das Institut selbst zu zerstören. Es ist nicht möglich die Unordnung in bestimmte Regeln zu bringen. Wir greifen das Uebel in seiner Wurzel an. Die Ordnung wird gewinnen, ohne daß die Freiheit verlieren wird. Es besteht das Associationsrecht und die Pressefreiheit; was kann man noch verlangen? Alle wahren Freunde der Freiheit und einer geordneten Regierung stimmen überein in ihren Ansichten über das Gefährliche der Clubs. Bürger, Sie haben am 15. Mai die Emeute, im Juni die Revolte besiegt; es bleibt Ihnen noch übrig, sie zu entwaffnen.“ Der Minister verlas hierauf den Gesetzesentwurf, welcher also lautet: Art. 1. Die Clubs sind verboten. Als Club wird betrachtet jede öffentliche Vereinigung, gleichviel ob periodisch oder in unregelmäßigen Zwischenräumen, welche sich mit der Erörterung politischer Fragen befaßt. Art. 2. Im Uebertretungsfalle werden die Chefs, Directoren, Schriftführer und andere Bureaumitglieder mit einer Strafe von 100 bis 500 Fr. belegt, außerdem auch mit dem ganzen oder theilweisen Verlust der bürgerlichen Rechte auf die Dauer von mindestens einem bis zu höchstens drei Jahren bestraft. Art. 3. Wer sein Haus oder seine Wohnung zu einem Club hergiebt, verfällt in eine Strafe von 100 bis 500 Fr. Art. 4. Das auf die Clubs bezügliche Gesetz vom 28. Juli 1848 ist hiermit abgeschafft. Herr Gent: Wir wußten wohl, daß man die Absicht hatte, eine der durch die Constitution geheiligten Freiheiten zu vernichten (Unterbrechung von Rechts), aber wir glauben nicht, daß die Frechheit so weit gehen kann. (Große Unruhe auf der Rechten. Zur Ordnung! Zur Ordnung!) Der Präsident ruft den Redner zur Ordnung. Dieser fährt fort: Der Ihnen vorgelegte Gesetzesentwurf ist, ich sage es offen, ein Attentat auf den Art. 8 der Constitution. (Unterbrechung.) Trotz der von dem Berg gemachten Opposition nahm die Versammlung mit großer Majorität den Antrag als einen dringlichen an.

Paris, d. 27. Jan. Wie zu erwarten, ist heute der Gesetzesentwurf über die Clubs das Thema der Journalerörterung. Mit Ausnahme der „Presse“, welche meint, daß aus den aufgehobenen Clubs nur geheime Gesellschaften erwach-

sen würden und daß damit die Sache sich bloß verschlimmern könne, sind alle Organe der gemäßigten Partei mit der Vorlegung des Gesetzesentwurfs vollkommen einverstanden. Der „National“ dagegen, dessen Hauptzweck jetzt der Sturz des Ministeriums ist, weil er seine Partei wieder ans Ruder bringen möchte, sieht in der beabsichtigten Maßregel eine Verletzung der Verfassung, und die rothrepublicanischen und socialistischen Journale theilen natürlich nicht nur in ihren leitenden Artikeln diese Ansicht, sondern enthalten auch einen förmlichen Protest gegen den Gesetzesentwurf zur Unterdrückung der Clubs. Sie erklären die Maßregel für einen Versuch, dem Volke seine wichtigsten politischen Vorrechte zu rauben und verlangen von der Nationalversammlung, daß sie das Ministerium wegen dieses Schrittes in Anklagestand versetze. Der Protest ist von den Herausgebern der „Republique“, des „Peuple“ und der übrigen gleichartigen Journale, so wie von Bernard, d'Alton Shee &c. unterzeichnet.

Paris, d. 27. Januar. Die in den Bureau zur Berichterstattung über den Gesetzesentwurf gegen die Clubs ernannte Commission hat sich gegen die vom Ministerium beantragte Dringlichkeits-Erklärung ausgesprochen; nur vier ihrer Mitglieder waren für den ministeriellen Vorschlag. — Die Opposition soll den anfangs gehegten Plan, das Ministerium in Anklagestand zu versetzen, als schwierig auszuführen, aufgegeben haben und sich darauf beschränken, bei der Versammlung ein Mißtrauens-Votum gegen das Ministerium zu begehren.

### Vermischtes.

— Wien, d. 27. Jan. So hat denn unsere arme Stadt, nachdem Feuer und Wasser zerstörend über sie weggegangen, auch noch ein anderes Element, die Luft, mit seinen Verheerungen heimgesucht. Der außerordentlich heftige Orkan, der Mittwoch und zum Theile noch Donnerstag wüthete, hat nicht nur unberechenbaren Schaden an den Gebäuden gemacht, sondern auch zahlreiche Opfer an Menschenleben gefordert. Manche wurden durch von den Dächern herabfallende Ziegelstücke tödtlich verletzt, am sogenannten Schanzel wurden Einige, besonders Frauenzimmer, vom Sturm in den unten fließenden Donaukanal hineingeschleudert. Mit welcher Heftigkeit der Orkan wüthete, ergibt sich schon daraus, daß er das kolossale Kupferdach einer Maschinenfabrik am Labor förmlich aufrollte und die Nordbahngebäude vollständig abdeckte. Doch hat er uns wenigstens von dem Damoklesschwerde der Ueberschwemmung befreit, da er eine ungeheuere Eißschöpfung im Donaukanale, die bisher aller dagegen angewandten Mittel spottete, brach und den Stoß dem schwarzen Meere zuführte. — Auch die Verheerungen der Ueberschwemmung stellen sich nachgerade immer bedeutender heraus. In der Brigittenau, die noch immer nicht ganz wasserfrei ist, sind mehrere Gebäude eingestürzt, darunter eine große Gewehrfabrik. Der Gemeinderath hat die Bewohner Wiens zu milden Spenden für die durch Wasser Verunglückten aufgefodert, allein so sehr ich überzeugt bin, daß die Mildthätigkeit der Wiener das Möglichste für die verunglückten Mitbürger thun wird, so wird doch diese Hilfe höchstens das momentane Elend zu verringern im Stande sein. Ist es ein Wunder, daß Wien, das sowohl beim Brande von Hamburg als bei so vielen anderen Gelegenheiten so reichlich sich am Unterstützungswerke betheiligte, nun auch seinerseits erwartungsvoll auf das Ausland, vornehmlich auf Deutschland, sieht?

fin m  
dat  
der  
ist der  
liehen  
1. Jan  
den a  
worde  
zu Ho  
Pfarr  
9  
Biet  
for er

Pr. J  
St. C  
Sch.  
Kur =  
Schu  
St. C  
do.  
Wirt  
Großh  
do  
Dikt.

Star  
Act  
St. C  
A.  
do. Har  
do. St.  
do. P  
Mg.  
do. Fe  
Halle =  
Göln =  
do. Ach  
Bonn  
Düssel  
Stel.  
Mschl.  
do. Swe  
Mschl.  
do. Li  
Gofel-  
Bresl.  
Kraf-  
Berg-  
Starg.  
Brieg-  
Quitt  
Mg.  
Ach-  
Th. Bb.

Ausl.  
Pesth.  
Fr. - B.

**Merseburg.** Zu der erledigten evangelischen Pfarrstelle zu Trof-  
fin mit dem Filiale Koitzsch, Diöces Torgau, ist der Predigtamts-Candi-  
dat Friedrich Wilhelm Reißbrodt aus Wörlitz berufen und von  
der Kirchenbehörde bekräftigt worden.

Die erledigte evangelische Pfarrstelle zu Belthelm, Diöces Belthelm,  
ist dem Pfarrer Anton Heinrich August Kriß zu Oberwündsich ver-  
liehen worden.

Die Oberpfarrstelle zu Eöbejün, Diöces Cönnern, ist durch den am  
1. Januar d. J. erfolgten Tod des Oberpredigers Hoppe erledigt worden.

Die Pfarrstelle zu Spergau, in der Land-Diöces Merseburg, ist durch  
den am 22. December 1848 erfolgten Tod des Predigers Noth erledigt  
worden.

Durch den am 25. December d. J. erfolgten Tod des Pastors Eiten  
zu Haus-Meinendorf, in der Eyporie Quedlinburg, ist die evangelische  
Pfarrstelle daselbst erledigt worden.

**Naumburg.** Der hiesige Referendarius Otto Ferdinand von  
Bietinghoff ist den 11. December 1848 zum Ober-Landesgerichts-Asses-  
sor ernannt.

**Bereinigte Gemeinde.**

Heute Abend 7 Uhr Versammlung im goldenen Löwen.

**Fonds- und Geld-Cours.**

Berlin, den 30. Januar.

	Sf.	Brief.	Geld.		Sf.	Brief.	Geld.
Pr. Freiw. Anl.	5	101	100 1/2	Pomm. Pfandbr.	3 1/2	91 1/2	91
St. Schuld-Sch.	3 1/2	80 1/4	79 3/4	R. = u. Nm. do.	3 1/2	91 7/8	91 3/8
Sech. Pr. = Sch.	—	—	98	Schleßische do.	3 1/2	—	—
Kur = u. Neum.	—	—	—	do. Lit. B. gar-	—	—	—
Schuldversch.	3 1/2	—	—	rant. do.	3 1/2	—	—
Brl. Stadt-Dbl.	5	98 1/4	97 3/4	Pr. Bf. = A. = Sch.	—	91 1/4	90 1/4
do. do.	3 1/2	76 3/4	—	do. Lit. B. gar-	—	—	—
Wfpr. Pfandbr.	3 1/2	—	83 3/4	rant. do.	—	—	—
Großh. Pos. do.	4	96 1/2	—	Pr. Bf. = A. = Sch.	—	91 1/4	90 1/4
do. do.	3 1/2	81 5/8	—	Frdrichsd'or.	—	13 7/12	13 1/12
Dfpr. Pfandbr.	3 1/2	—	90 1/4	And. Goldm. à	—	12 5/8	12 1/8
				5 Thlr.	—	—	4 1/2
				Disconto	—	—	—

**Eisenbahn-Actien.**

Stamm-Actien.	Sf.	Prioritäts-Actien.	Sf.
Brl. Anh. Lit.	4	Berl.-Anhalt	4 87 1/4 B.
A. B.	4	do. Hambg.	4 1/2 93 B.
do. Hamb.	4	do. II. Serie	4 1/2 88 1/2 B.
do. St.-Star.	4	do. Potsd.-M.	4 82 1/2 B.
do. Potsd.-M.	4	do. do.	5 94 1/2 B. 94 G.
Magd. = Pflst.	4	do. Stettiner	5 101 1/2 G.
do. Leipziger	4	Magd. = Leipz.	4 —
Halle = Thür.	4	Halle = Thür.	4 1/2 85 G.
Cöln = Mind.	3 1/2	Cöln = Mind.	4 1/2 92 1/4 G.
do. Aachen	4	Rh. v. St. gar.	3 1/2 —
Bonn = Cöln	5	d. I. Priorität	4 —
Düsseldorf = Elf.	4	do. St. = Pr.	4 —
Stiel. Bohw.	4	Düsseldorf = Elf.	4 —
Rschl. = Märk.	3 1/2	Rschl. = Märk.	4 86 3/4 B.
do. Zweigbhn.	4	do. do.	5 96 3/8 à 1/2 B. u. G.
Dschl. Lit. A.	3 1/2	do. III. Serie	5 94 1/4 B.
do. Lit. B.	3 1/2	do. Zwgbhn.	4 1/2 —
Cosels-Derb.	4	do. do.	5 80 G.
Bresl. Freib.	4	Oberschl.	4 —
Kraf.-Dbschl.	4	Kraf.-Dbschl.	4 72 B.
Berg. = Märk.	4	Cosels-Derb.	5 95 1/2 G.
Starg. = Pos.	4	Stiel. = Bohw.	5 88 B.
Brieg. = Meisse	4	do. II. Serie	4 —
		Bresl. = Freib.	—
<b>Quitt. = B.</b>		<b>Ausland.</b>	
Magd. = Wittb.	4	Stamm-	
Aach. = Mastr.	4	Actien.	
Th. Bb. = Bhn.	4	Leipz. = Dresd.	—
		Ludw. = Verb.	4 —
<b>Ausl. Ob.</b>		24 Fl.	4 —
Peßh. 26 Fl.	4	Riel. = Alt. Sp.	4 89 G.
Fr. = B. = Ndb.	4	Amst. = R. Fl.	4 —
		Mdtk. = Thlr.	4 35 1/4 G.

**Getreidepreise.**

(Nach Berliner Scheffel und preuss. Geld.)

Halle, den 30. Januar.

Weizen	1 f 26 1/2	3 L bis 2 f 1 1/2	3 L
Roggen	1 . . . . .	1 . . . . .	2 . . . . . 6 .
Gerste	— . 27 . . . . .	6 . . . . .	1 . . . . . 1 . . . . . 3 .
Hafer	— . 15 . . . . .	— . . . . .	17 . . . . . 6 .

Magdeburg, den 30. Januar. (Nach Wispeln.)

Weizen	48	50 f	Gerste	26	—	26 1/2 f
Roggen	—	28	—	Hafer	14	—
						16 .

Berlin, den 30. Januar.

- Weizen nach Qualität 52—56 f.
- Roggen loco 26—27 1/2 f.
- = pr. Frühjahr 22 pfd. 27 3/4 f Br.
- Gerste, große, loco 22—24 f.
- = kleine 19—21 f.
- Hafer loco nach Qualität 15—16 f.
- = pr. Frühjahr 48 pfd. 15 f Br.
- Rübböl loco 13 f bz. u. Br.
- = Jan./Febr. 12 3/8 f bz. u. Br.
- = Febr./März 12 3/4 à 12 2/3 f.
- = März/April 12 3/8 à 12 1/2 f.
- = April/Mai 12 1/2 f bz. u. Br.
- = Mai/Juni 12 1/2 à 12 1/3 f.
- Leinöl loco 10 f Br.
- Spiritus loco ohne Faß 14 3/4 f verk.
- = pr. Febr. 15 f Br.
- = März 15 1/4 f Br.
- = pr. Frühjahr 16 f bz. u. G., 16 1/6 Br.
- = Mai/Juni 16 1/2 f Br.

**Wasserstand der Saale bei Halle**

am 30. Januar Abends 6 Uhr am Unterpegel 7 Fuß 3 Zoll.  
am 31. Januar Morgens 6 Uhr am Unterpegel 7 Fuß 2 Zoll.

**Wasserstand der Elbe bei Magdeburg**

am 30. Januar Nr. 9 und 3 Zoll.

**Fremdenliste.**

Angelommen: Fremde vom 30. bis 31. Januar.

- Im Kronprinzen:** Die Hrrn. Kaufl. Lucius a. Erfurt, Sohr a. Ad-  
bed, Hagel u. Halle a. Frankenhäusen. Hr. Baron v. Malzbahn a.  
Medlenburg. Hr. Lieut. v. Wangenheim a. Zeitz. Die Hrrn. Guts-  
bes. Wassermann u. Schimmelmänn a. Hannover.
- Stadt Zürich:** Die Hrrn. Kaufl. Holberg m. Gem. u. Schuchard a.  
Leipzig, Arnold a. Gotha, Segnis a. Bremen.
- Goldner Ring:** Hr. Kaufm. Duand a. Berlin. Hr. Mühlensbes.  
Aschoff a. Steinfurt. Hr. Insp. Göring a. Schmiedeberg. Hr. Ren-  
dant Lüders u. Hr. Rent. Stamke a. Dresden.
- Englischer Hof:** Hr. Bergbeamter Schade a. Wittenberg. Die Hrrn.  
Kaufl. Gramm a. Stuttgart, Scheidung a. Bremen, Stoll a. Dettels-  
bach, Erbrecht a. Bernburg. Hr. Pred. Niemand a. Cölna. Hr.  
Assessor Steinert a. Naumburg. Hr. Mundkoch Grimmer a. Kassel.
- Goldner Löwe:** Die Hrrn. Kaufl. Hoffmann a. Bernburg, Fretlich  
a. Erndtebrück, Fiedler a. Heiligenstadt, Werner a. Wenshausen,  
Gründler a. Magdeburg. Hr. Musikmeister Krone a. Frankfurt. Hr.  
Apoth. Neubert a. Rudolstadt.
- Stadt Hamburg:** Die Hrrn. Kaufl. Bamberg a. Berlin, Hoff a.  
Nürnberg, Köfner a. Hochheim. Hr. Bürgermstr. Möhlau a. Kelbra.  
Hr. Fabrik. Sniegner a. Berlin.
- Schwarzer Bär:** Hr. Wollhldr. Baumgarten a. Crimmitschau. Hr.  
Kaufm. Bramer a. Mannheim. Hr. Fabrik. Brunhuber a. Naum-  
burg. Hr. Dekon. Dertel a. Pr. = Minden.
- Goldne Kugel:** Die Hrrn. Kaufl. Werner u. Baumann a. Bremen,  
Scharf a. Elberfeld, Kösel a. Hartmannsdorf, Schwarz a. Gerb-  
stedt. Hr. Gutsbes. Giesler a. Görtzig. Hr. Rentier Marr a. Kö-  
nigsberg. Hr. Posamentier Hoffmann a. Merseburg. Fräul. Bespe  
a. Nordhausen.
- Zur Eisenbahn:** Die Hrrn. Kaufl. Bohn u. Runge a. Berlin. Hr.  
Dekon. Krause u. Hr. Partik. Schöne a. Magdeburg. Hr. Partik.  
Beyer u. Hr. Conditor Fricke a. Dresden.

# Junge Mädchen, welche das Putzmachen erlernen wollen, werden angenommen in der Putzhandlung von Meyer Michaelis, gr. Schlamm Nr. 958.

(Eingesandt.)

## Hört! Hört!!

Ein rheinisches Blatt bringt folgenden angenehmen Neujahrswunsch:

Ein neues Eisen schärft man dann,  
Das ist die — Guillotine;  
Das ist der Freiheit Donnerkeil,  
Weg mit den Barrikaden!  
Das ist der Völker einzig Heil,  
Das ist das wahre — Friedensbeil:  
Das Beil — von Gottes Gnaden!!!  
Das wird die letzte Waffe sein,  
Der Völker all' auf Erden;  
Die halte scharf, die halte rein,  
Dann wird im Siegessonnenschein  
Die — wahre Freiheit werden! —

Schön, vortrefflich, ja — unübertrefflich; deutlicher und deutscher kann man nicht reden! Deputirte, hört es! Von Euch hängt es größtentheils ab, „ob dieser christliche Neujahrswunsch pro 1849 in Erfüllung gehen soll, oder — nicht“. Rückt nicht auseinander, weder zur Rechten, noch zur Linken; „die Mittelstraß, der beste Weg“ ist ein uraltes Sprichwort. Bildet, von wahrhaft christlicher Vaterlandsliebe befeelt und von dem goldenen Reif der Krone umschlungen, ein Centrum, das selbst der Teufel nicht durchbrechen kann; dann mögen unsere liebenswürdigen Nachbarn, die Herren Franzosen, ihre Häckerlingmaschine, die Guillotine, nur für sich behalten und einander nach Belieben die Hälse brechen; wir wollen's und können's ihnen nicht wehren, da das Interveniren (Vermitteln) nicht mehr beliebt ist. Mit- und Nachwelt wird dann Eure Namen mit Dank und Freude nennen und Eure Rückkehr zu uns ein Tag des Jubels werden, wie das Vaterland einen solchen kaum jemals gefeiert hat. Euer Wahlspruch, Euer Feldgeschrei, selbst im heißesten Kampfe, sei und bleibe stets: „Suum cuique“, oder, was dasselbe bedeutet: mit Gott, mit dem König und für denselben, für's theure Vaterland! — Dch.

### Wahlmänner!

Beachtet den Zimmermeister Kirchner hier, der sich in einer an uns gerichteten Rede am 22. d. Mts. dahin aussprach:

- 1) Festhalten an der uns gegebenen Verfassung;
- 2) den Handelsstand zu erhöhen;
- 3) die alten Gewerksrechte mit den neuen zu vereinbaren,

dann könnten wir uns freundlich die Hand bieten.

Viele Urwähler von Preßsch a/Elbe.

### Graf Helldorff.

Zur Charakteristik des Herrn Grafen von Helldorff zu Wolmirstädt mögen folgende kurze Bemerkungen dienen: 1) Schon vor den Märztagen war der Graf Helldorff eine Zuflucht der Verlassenen und Hülfesuchenden, welches Standes sie auch sein mochten; 2) im vereinigten Landtage verfocht er der Krone gegenüber die Rechte des Volkes; 3) erließ er der Gemeinde Wolmirstädt alle Feudallasten auf immer ohne Entschädigung. Hieraus ergibt sich, daß Graf Helldorff ein Herz für das Volk und auch Muth hat, die Rechte des Volkes bestens zu vertreten.

Donndorf, den 29. Januar 1849.

In Uebereinstimmung mit mehreren Wahlmännern des Eckartsbergaer Kreises.  
Dominik, Wahlmann.

Alter Markt Nr. 692 ist eine Serviettenpresse zu verkaufen.

No! was soten sen in Landsbäorch,  
dr hot eich wohl vertagt?!

Sonnabend den 3. Februar Pfannkuchenschmaus mit Militair-Concert und Ball, wozu ergebenst einladet

G. Eisenschmidt,  
Gastwirth zur Lerche.

Ein Buchdrucker-Gehülfe, welcher correct zu setzen, zugleich auch gut zu drucken versteht und anerkannt ordnungsliebend ist, findet sogleich eine Anstellung in der Weichelt'schen Buchdruckerei in Sangerhausen.

Eine Wohnung von neun Stuben, fünf Kammern, zwei Küchen, zwei Kellern und Zubehör, nebst Mitgebrauch des Gartens, ist im Ganzen oder getheilt zu vermieten und den ersten April zu beziehen in Dzondi's Garten am Kirchthor.

### Zur Administration

eines sehr bedeut. Rittergutes mit mehreren Vorwerken u. Dampfbrennerei, Ziegelei, Schaafveredelung u. (von Berlin nur wenige Stunden per Eisenbahn), wird ein genügend sicherer Administrator (auch verheir.), mit einem jährl. festen Gehalte von 350 Rthl., fr. Station u. Tantieme u., verlangt. — Austr. R. Zuhn, Berlin, kleine Alexanderstr. Nr. 27.

800 Rthl. Kirchengelder sind gegen pupillarische Sicherheit auszuleihen durch den Kirchen-Kendanten zu Werben bei Zörbig.

Den Mäkler Scheer fordere ich hiermit auf, die absichtlich oder nicht absichtlich ausgesprochene Unwahrheit sofort zurückzunehmen oder zu gewärtigen, öffentlich ein Verläumder und Lügner genannt zu werden. Bürger's.

### Einladung.

Kommenden Sonntag den 4. Februar ladet zum Pfannkuchen- und Truthahn-Schmaus, wozu Herr Stadtmusikus Ditto für gute Musik bestens sorgen wird, ergebenst ein

Preußische Krone, den 29. Jan. 1849.  
Lauterbach.

### Familien-Nachrichten.

#### Verbindungs-Anzeige.

Ihre am gestrigen Tage in der Kirche zu Wallendorf vollzogene eheliche Verbindung zeigen lieben Freunden und Verwandten nur hierdurch ergebenst an  
Merseburg und Wallendorf,  
am 29. Januar 1849.

F. C. L. Bernicke,  
Julie Bernicke, geb. Albert.

## Bekanntmachungen.

Nothwendiger Verkauf  
beim

Königl. Preuss. Land- und Stadtgerichte zu Halle a. d. S.

Das zu Giebichenstein belegene, dem Eisengießereibesitzer August Theodor Ferdinand Felber daselbst gehörige und im Hypothekenbuche sub Nr. 68 der Halle'schen Weinberge eingetragen, aus einem Wohnhause, einem Gießhause, einer Werkstätte und andern Baulichkeiten resp. Zubehörungen bestehende Grundstück nach der, nebst Hypothekenschein und Bedingungen, in der Registratur einzusehenden Taxe abgeschätzt auf 6715 *Rfl* 11 *Sgr* 3 *Soll*

am 30. August d. J. Vormittags 11 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle hier selbst, Zimmer Nr. 6 vor dem Deputirten Herrn Land- und Stadtgerichts-Rath Langerhannß meistbietend versteigert werden. Alle unbekanntes Real-Prätendenten, insbesondere die Erben des Besitzers zc. Felber, werden aufgeboten, sich bei Vermeidung der Präklusion spätestens in diesem Termine zu melden.

### Biehmarkt in Gröbzig.

Dem handeltreibenden Publikum diene zur Nachricht, daß die Märkte hier selbst, nicht wie irthümlich im Dessauer Kalender angegeben, Mittwoch und Donnerstag, sondern jedesmal Donnerstags und Freitags gehalten werden.

Hierbei wird bemerkt, daß immer am ersten Markttag (diesmal am 15. Februar d. J.) außer Kram-, auch Viehmarkt gehalten wird. Da nun von den Behörden Vorkehrungen getroffen wurden, daß derselbe mit Pferden und Rindvieh bezogen wird und alles zu Markte gebrachte Vieh vom Chaussee- und Stättgeld befreit ist, so hoffen wir, daß Käufer und Verkäufer sich zahlreich einfinden mögen.

### Der Magistrat zu Gröbzig.

Zu Ostern wird in der Apotheke des Waisenhauses die Stelle für einen Lehrling offen. Das Nähere theilt mit  
Hornemann.

### Deputirtenwahl.

In einem constitutionell-monarchischen Staat mit einem Zweikammersystem, wie in Preußen, giebt es zwei Hauptpfeiler, um das geistige und körperliche Wohl aller Klassen der Staatsbewohner zu stützen, das Bestehen und Gedeihen des ganzen Staates zu sichern. Sie sind die Krone und das Volk. Die Krone wird repräsentirt durch die vom König zu ernennenden Minister, das Volk wird vertreten durch beide aus seinen Wahlen hervorgehenden Kammern. Eine hochwichtige Aufgabe ist es daher, die brauchbarsten Männer in diese Kammern zu senden, solche Männer, die einen gefunden Sinn und klaren Verstand haben, darnach zum wahren Wohle des Volkes sprechen

Ein junger gebildeter Mann wird so gleich als Dekonomie-Lehrling auf ein Rittergut gesucht. Anerbietungen hierzu wird gebeten unter der Chiffre P. R. Landsberg poste restante gütigst franco einzusenden.

## Die schönsten Catharinen-Pflaumen und böhmische Pflaumen empfing und empfiehlt F. Eppner.

Ger. Gänsebrüste à Stück 15 bis 20 *Sgr* und frischen Astrachan-Caviar empfiehlt  
E. H. Riesel.

### Wohnungs-Veränderung.

Von heute an wohne ich Leipzigerstraße Nr. 297, dem Kaufmann Herrn Stahl Schmidt gegenüber, und bin in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr in meiner Wohnung zu treffen. W. Rocco.

### Bekanntmachung.

Es wird hierdurch zur Kenntniß des Publikums gebracht, daß der Unterzeichnete für die Dauer der Untersuchungshaft des Justiz-Commissarius Herrn Röser zu Mühlen mit der Fortführung der amtlichen Geschäfte desselben vom Königlichen Ober-Landesgericht zu Raumburg beauftragt worden ist, und daß der Unterzeichnete diese Geschäftsführung am heutigen Tage für Rechnung des Herrn Röser übernommen hat.

Mühlen, den 27. Januar 1849.  
Der Königl. Ober-Landesgerichts-Assessor  
Rucker.

Ein Mädchen, welches 7 Jahre lang in zwei Materialwaarengeschäften conditionirt hat, sucht unter Beibringung der besten Zeugnisse zu Ostern d. J. eine ähnliche Stellung. Portofreie Briefe nimmt die Expedition des Couriers unter der Chiffre A. H. B. an.

und handeln und dadurch, möglichst in Uebereinstimmung mit der Krone, zur Erhaltung und Stärkung des Staates beitragen.

Die I. Kammer wird unzweifelhaft überwiegend besetzt werden durch Männer, die das, was wir Gutes schon haben, erhalten wollen, mithin der conservativen Partei angehören, wir müssen aber dahin streben, daß auch in diese I. Kammer solche Deputirte gewählt werden, welche die Zeit begriffen haben, d. h. überall für den Fortschritt, nicht für den Stillstand und noch weniger für den Rücktritt sind, so daß ein Vorwurf der Reaction, in Wahrheit nie gemacht werden kann. Die II. Kammer wird muthmaßlich wiederum zu viel Gelehrte — Literaten, Juristen, Geistliche — erhalten, die da, wo die

### Gutsverkauf.

Das Siegel'sche Kossathengut Nr. 5 zu Roschwitz mit einem Garten und 28 M. 19 *QR* Feld wird auf den 8. März d. J. an Patrimonial-Gerichtsstelle zu Queis subhastirt, was ich Namens der Hypothekengläubiger hiermit bekannt mache.  
Der Justiz-Commissar  
Gödecke.

Bouillon und Pasteten zum Frühstück empfiehlt  
G. Rind.

### Geschäfts-Verpachtung.

Ein sehr lebhaftes Material-, Taback-, Branntwein- und Weingeschäft (jährlich 8—10,000 *Rfl* Umsatz) in einer größeren Stadt an der vortheilhaftesten Lage ist zu verpachten und sofort mit 500 *Rfl* zu übernehmen. Näheres sagen die Herren Piersch & Pöhnisch in Halle.

In der Ansprache eines Landmanns an die Wahlmänner des Delitzscher und Bitterfelder Kreises in Nr. 24 dieses Blattes wird sehr treffend bemerkt, daß ein bauerlicher, königlich gesinnter Deputirter die ländlichen Interessen ebenso gut, wenn nicht um Vieles besser noch als alle republikanischen Pfaffen und Juristen vertreten könne. Diese Ansicht ist uns wie aus der Seele gesprochen und wir können darüber nicht genug unsern Beifall laut werden lassen.  
Mehrere bauerliche Wahlmänner.

Einem Comtorist weist eine Stelle nach A. Kuckenburg.

### Frischer Kalk

Sonnabend, den 3. Febr., in der Giebichensteiner Amtsziegelei.

Eine Materialwaaren-Handlung in einer Provinzialstadt wird im Laufe dieses Jahres unter annehmbaren Bedingungen zu pachten gesucht und sind frankirte Offerten unter der Chiffre H. F. der Expedition dieses Blattes zur Beförderung zu übergeben.

materiellen Interessen des Volkes und seiner zahlreichen Klaffen berathen werden, nichts mehr als Theoretiker sind und wird dagegen zu wenig Landwirthe, Kaufleute, Handwerker, Arbeiter umfassen, die, als wahre Praktiker in den vorkommenden Fällen am ersten ein sicheres Urtheil abgeben, also auch einen begründeten Antrag stellen können.

Richtig wird daher die II. Kammer nur dann beschiedt, wenn diejenigen Landbewohner, welche von ihren Lasten, theils umsonst, theils durch billige Ablösungssätze befreiet und in vielfach anderer Art gegen jetzt begünstigt werden müssen, einige Vertreter aus ihrer Mitte senden, mithin solche schicken, die aus der Erfahrung wissen, was nicht gut war und was gebessert werden muß, und wenn die Stadtbewohner eine Repräsentation durch einen Kaufmann, einige Handwerker — je nach den Interessen ihrer Zünfte — ja auch einige directe Vertreter der Handarbeiter durchzusetzen suchen, so daß höchstens die eine Hälfte der Kammer aus Gelehrten besteht. Diese würden sich dann, wenn es ihr ernstlicher Wille ist und sie sich gemeinnützig machen, d. h. einzig und allein, sowohl an das Volk wie an den Staat und nicht an ihre persönlichen Vortheile denken wollen, wahrhaft nützlich machen, jene directen Vertreter der belasteten Landbewohner und der leidenden Städter in deren begründeten Bestrebungen unterstützen, ja Stadt und Land würde dann sicher darauf rechnen können: daß ihre wichtigsten, zuerst das Erhalten und dann das Erwerben betreffenden Angelegenheiten, nicht abermals in den Hintergrund geschoben und nicht zum zweitenmale über politische Fragen vergessen werden. Das Streben nach solchen politischen Gesetzen, wonach das Volk mehr, oder doch ebensoviel zu sagen hat, als der König, hat seither alle organischen Gesetze zurückgehalten, welche die betreffenden Landbewohner nach den von den Ministerien ausgegangenen Vorschlägen entlasten, den Handel fördern, die Gewerbe beleben sollten, und jenes Streben ist doch mindestens ein unnatürliches zu nennen,

denn es muß doch der Gutsbesitzer die Anordnungen für seine Wirthschaft treffen, nicht einer seiner Leute, es muß doch der Meister seiner Werkstatt vorstehen, nicht der Geselle, es wird ja die verkehrte Welt gespielt, wenn dies nicht wahr sein sollte,

die organischen Gesetze aber sind nöthiger als die politischen, denn zu allererst braucht der Mensch gleich der Luft zum Athmen, Essen und Trinken zum Leben und hinterher kommt seine geistige Ausbildung, mithin die Frage, ob es sich besser in einem absoluten oder constitutionellen Staat, oder in einer Republik lebt?

Wir können weder den Erstern, noch die Letztern, wohl aber die constitutionell-monarchische Regierungsform genehmigen, und diese hat uns die Verfassung vom 5. Decbr. 1848 gesichert, in welcher mit Verheißung ist: daß etwanige Verbesserungen im gesetzlichen Wege daran vorgenommen werden können. In jenem Hauptpunkt sind wir also mit dem König einig und Einigkeit macht stark, Uneinigkeit schwächt und führt häufig zum Untergang einer von beiden Parteien. Lassen Sie uns stark sein und es werden sich unsere innern Zustände allenthalben schnell verbessern, es wird unser Verkehr mit dem Auslande bald gedeihen, es wird unser Vaterland sich von daher neue Erwerbsquellen eröffnen und seine eigenen reichlichen Mittel richtig benutzen. Lassen Sie uns den nächsten Blick von der Politik ab und auf die Förderung unseres eigentlichen Wohlergehens hinwenden, lassen Sie uns das, was andere Kreise verabsäumt haben, in unserm Delitzsch-Bitterfelder Wahlkreis zu erringen suchen. Ich verstehe darunter solche Deputirte der

zweiten Kammer, die sich weniger mit der Politik, mehr mit dem wirklichen Wohle des Volkes beschäftigen, die nicht für sich, sondern einzig und allein für das Volk sorgen. Es sind nach meiner reiflichsten Prüfung:

- 1) Herr v. Weltheim zu D Strau, der, wie Ihnen nicht unbekannt sein wird, durch und durch ein Mann des Volkes und nicht minder ein aufrichtiger Vaterlandsfreund ist, ernstlich das Wohl des Volkes, aber nichts für sich sucht, das Erhalten und Verbessern, nicht aber den Umsturz beabsichtigt;
- 2) Herr Berke zu Benndorf bei Delitzsch, der dort ein Bauergut nebst einer Wassermühle besitzt, mithin zu den belasteten Grundbesitzern gehört, seine freisinnige Richtung schon im verwichenen Jahre bei der Wahl in Bitterfeld aussprach und bewahrt hat, der geeigneteste Vertreter für die belastenden Landbewohner und Gewerbetreibenden, dieses aber auch mit Leib und Seele und nicht ein bloßer Politiker ist.

Ich empfehle Ihnen aus innigster Ueberzeugung Hrn. v. Weltheim zum 1sten und Herrn Berke zum 2ten Candidaten in die II. Kammer, und nehme dabei meine frühere Empfehlung des Herrn Jacob zu Halle zurück, der für die Städter unserer Kreise auftreten sollte, aber schon anderweit in Vorschlag gebracht ist.

Wer es wünscht, daß der Novemberstreit zwischen dem König und den Vertretern des Volkes erneuert wird, oder wem es nur gleichgültig ist, wenn sich dieser Streit fortsetzt, der wähle die Herren Hildenhagen und Schulze, wer aber wünscht: daß der König und das Volk, wie der Vater mit seiner Familie, Hand in Hand gehen und ihr beiderseitiges wirkliches Wohl fördern, zunächst das Leben sichern, dann das Gedeihen ihrer Bestrebungen suchen und sich hinterher von ihrem Ueberflusse aufrichtiges Vergnügen schaffen, der wähle die Herren v. Weltheim und Berke.

Ich schließe mit dem Gleichniß, welches ich schon in Nr. 4. des Wochenblattes drucken ließ:

„Ich werde doch, wenn ich mit Jemand einen Streit führe und mein Advocat den Gegner dabei aufs Keuferste zu treiben gesucht, selbst Spott und Hohn nicht gescheut hat, dann, wenn ich einsehe, daß mir ein Vergleich nützlich ist als der gefehliche Ausgang jenes Streites, nicht die vorhin bezeichneten Advocaten wiederholt beauftragen, zu meinem Gegner zu gehen und sich mit ihm zu vereinigen, sondern ich werde doch so klug sein, herauszufinden: daß mein zeitheriger Advocat und wenn er mir auch das Gegentheil einreden wollte, am wenigsten geeignet ist, einen mir günstigen Vergleich zu Stande zu bringen, ich werde also einen Andern und solchen erwählen und hinsenden, mit dem mein Gegner gern unterhandelt, die Sache ruhig prüft und mir das bewilligt, was ich begründet fordern kann. Daraus folgt: daß der, welcher die Vereinigung mit dem Könige ernstlich will, nicht zu dem Advocaten gehen darf, der offen oder versteckt gegen den König handelt und daß der Rath unmöglich der beste sein kann, der darin besteht: die Herren Hildenhagen und Schulze dem Könige hinzuschicken, die sich bekanntlich mit ihm entzweit haben und am wenigsten befähigt erscheinen, eine Einigung mit dem König zu Stande zu bringen, durch welche allein Glück und Segen in das Land gefördert werden konnte.“

Prüfet Alles und das Beste behaltet.

Eilenburg, den 28. Januar 1849.

Wernicke,  
Oekonomie-Commissions-Rath.